

Vorsicht! Merkels zweiter Krisengipfel

Mittwoch, den 22. April: zweiter „Krisengipfel“ im Bundeskanzleramt. Teilnehmer: einige Minister, Konzernchefs wie Josef Ackermann von der Deutschen Bank (der nach eigenen Worten nicht mehr an die früher beschworenen „Selbstheilungskräfte des Marktes“ glaubt), Wirtschaftswissenschaftler (die von der Krise auf dem linken Fuß erwischt worden sind) und einige Gewerkschaftsführer, die „gemeinsam“ mit den anderen Herrschaften Krisenmanagement betreiben wollen.

Der erste Gipfel vom 14. Dezember 2008 gab die Marschrichtung aus: „Kurzarbeit hilft, Entlassungen zu vermeiden.“

Das hinderte die Konzerne allerdings nicht daran, seit Mitte letzten Jahres 270.000 Leiharbeiter zu feuern. Das sind vor allem junge Kollegen. Dabei wird es nicht bleiben. **Denn es handelt sich um die bisher tiefste Krise in der Geschichte des Kapitalismus.** Die Weltindustrieproduktion ging in den ersten drei Monaten der im Oktober 2008 begonnenen Weltwirtschaftskrise doppelt so stark zu-

rück wie im ersten Jahr der großen Krise 1929 bis 1932.

Die Milliarden-Rettungsschirme für die Banken und die beiden Konjunkturpakete haben die Wirtschaft offensichtlich nicht wieder in Schwung gebracht. Daran würde auch ein Konjunkturpaket III nichts ändern, wie es die Linkspartei fordert. Denn um die Krisen abzuschaffen, muss man den Kapitalismus und die Ausbeutung abschaffen.

Die Auftragseingänge im Maschinenbau sind im 1. Vierteljahr um fast die Hälfte eingebrochen. Die Stahlproduktion ging im März um 50 Prozent zurück.

Die Monopole wollen sich aber angesichts der Vernichtungsschlacht auf dem Weltmarkt nicht beliebig lange zurückhalten, eine härtere Gangart gegen die Belegschaften einzuschlagen.

Monopole bereiten Taktikwechsel vor

Einen Vorgeschmack darauf geben die unverschämten Töne von ThyssenKrupp-Chef Schulz und Daimler-Chef Zetsche, die beide „betriebsbedingte Kündigungen“ nicht mehr ausschließen. Daimler will allein in diesem Jahr zwei Milliarden Euro bei den Löhnen und Gehältern kürzen.

Welche Angst auch die Berliner Krisenmanager umtreibt, bringt IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn auf den Punkt. Unruhen wie in Island oder Osteuropa könnten „überall passieren, in Europa sicherlich“. Es könne „Streiks geben, die aussehen wie immer, gewöhnliche Streiks“, die



Foto von der Demonstration in Frankfurt/ Main gegen die Abwälzung der Krisenlasten am 28. 3. 09

sich aber „in den nächsten Monaten verschlimmern“. **Die Herrschenden ahnen, welcher Vulkan unter ihnen zu brodeln beginnt.**

Seit Dezember 2008 haben die europaweiten Proteste einen Aufschwung genommen, im Zentrum stehen dabei Streiks und Kämpfe der Arbeiter. In mindestens 14 europäischen Ländern entwickelten sich politische Kämpfe gegen die Regierung, in Island, Ungarn, Tschechien und Lettland wurden dabei Regierungen gestürzt oder mussten zurücktreten. Ab Januar 2009 rückten Kämpfe in Frankreich, Italien und Großbritannien, die neben Deutschland zu den vier führenden imperialistischen Ländern der EU gehören, ins Zentrum. In Deutschland nehmen Streiks und Proteste – wie bei ThyssenKrupp, Conti oder Mahle – ebenfalls zu, es kam jedoch bisher noch

Fortsetzung auf S. 2

Rote Fahne **Wochenzeitung der MLPD**
Wochenzeitung der MLPD

Einzelexemplar 1,50 €
 Probeabo vier Wochen kostenlos

Abo mit folgender Zahlungsweise:

50,00 Euro jährlich
 50 + Euro Förderabo (z. B. + 25 oder + 50 Euro, frei festzulegen, u. a. zur Finanzierung der Sozialabos)

Sozialtarif für Arbeitslose und Hartz-IV-Betroffene

28,50 Euro Jahresabo Sozialtarif
 15,00 Euro Halbjahresabo Sozialtarif
 8,50 Euro Vierteljahresabo Sozialtarif

Bitte mit Absender einsenden an: Verlag Neuer Weg
 Alte Bottroper Straße 42, 45356 Essen, Tel.: 0201 25915
 Web-Shop: www.neuerweg.de
 Eine Abbestellung soll vier Wochen vor Ende des Zahlungszeitraums erfolgen.

Fortsetzung von S. 1

nicht zu breiten Massenkämpfen gegen die Regierung und zu selbständigen Streiks.

Die krisendämpfenden Maßnahmen bewirken, dass die Folgen der Wirtschaftskrise noch nicht voll auf die Masse der Bevölkerung durchschlagen. In den Belegschaften tobt eine heftige Auseinandersetzung zwischen wachsender Unzufriedenheit und Kritik am kapitalistischen System und der Hoffnung, sich über die Krise retten zu können oder ihr individuell zu entgehen.

Bei den Opel-Werken begeht ein Konzern erstmalig seit dem 1. Februar diesen Jahres einseitigen Tarifbruch und bezahlt die fest vereinbarte Tarifierhöhung nicht aus. Damit arbeiten die Opelaner unter Tarif! Die Methode ist die Erpressung „Lohnerhöhung oder Erhalt der Werke“. Darüber wurde in der Bochumer Belegschaft innerhalb kürzester Zeit eine Unterschriftensammlung organisiert mit über 1.000 Unterschriften unter dem Motto: „Wie werden um unsere tarifliche Lohnerhöhung genauso kämpfen wie um den Erhalt unseres Werkes. Bochum braucht kein zweites Nokia!“ Das war ein massenhafter Klärungsprozess, sich auf solche Erpressungsversuche und falsche Alternativen gar nicht erst einzulassen!

Die Krise fordert zur Entscheidung heraus

Jetzt kommt es darauf an, sich mit den Vorbehalten und Bedenken auseinanderzusetzen, die viele Menschen noch vom Kampf für eine sozialistische Perspektive abhalten.

Stefan Engel, **Götterdämmerung über der „neuen Weltordnung“**

592 Seiten
Hardcover
978-3-88021-340-1
27,00 Euro

Taschenbuch
978-3-88021-357-9
14,80 Euro

erhältlich über den Buchhandel und bei
www.people-to-people.de



Warum sollen wir als Arbeiter auf Lohn oder Arbeitsplätze verzichten? Wir erarbeiten den ganzen gesellschaftlichen Reichtum! Die heutige moderne Produktion ist so weit entwickelt, dass menschenwürdige Lebensbedingungen und ein hohes kulturelles Niveau für die ganze Menschheit möglich wären! Nur unter kapitalistischen Bedingungen werden diese hochentwickelten Produktivkräfte zu Zerstörungskräften, wo ein Teil der Bevölkerung sich überarbeitet, während andere unterbeschäftigt oder arbeitslos sind! Die MLPD tritt für eine breite Auseinandersetzung über eine **sozialistische Alternative** ein, wo der gesellschaftliche Reichtum der Masse der Menschen zugute kommt!

Die MLPD lehnt die Konjunkturprogramme der Großen Koalition zugunsten der Monopole und auf Kos-

ten der breiten Masse der Bevölkerung ab. Statt Ausweitung der Kurzarbeit fordern wir die **30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auf Kosten der Profite!**

Wer die Krisen des Kapitalismus abschaffen will, muss den Kapitalismus abschaffen. Die Zukunft der Arbeiterklasse liegt im echten Sozialismus. Dafür brauchen wir eine starke revolutionäre Partei. Aktuell beginnt die MLPD eine Offensive für den echten Sozialismus im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen. Kommt zu den **Wählerinitiativen** der MLPD, in denen unsere eigenen Initiativen, Fähigkeiten und Vorschläge gefragt sind, in denen wir uns selbst Klarheit verschaffen, wie es zur Krise kam und wie wir damit umgehen!

Stärkt die revolutionäre Arbeiterpartei, die MLPD!

Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise – und die sozialistische Alternative!

Noch vor einem Jahr ging die Bundesregierung von einem „langanhaltenden Aufschwung“ bis zum Jahr 2020 aus. Kein bürgerliches Wirtschaftsforschungsinstitut zeigte sich in der Lage, die Krise vorherzusagen, weil solche Krisen des Kapitalismus nicht in ihr Weltbild passen.

Klaus Zimmermann, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, verweigert jetzt jeden Wirtschaftsausblick für das Jahr 2010 mit der offenherzigen Begründung, das sei „im Prinzip Kaffeesatzleserei“. Das zeigt den ganzen Bankrott der bürgerlichen Ökonomie.

Im Gegensatz dazu stützt sich die MLPD auf die Politische Ökonomie von Karl Marx und seine Krisentheorie. Deshalb war sie in der Lage, eine solche neue Weltwirtschaftskrise schon 2003 in ihrem Buch „Götterdämmerung über der neuen Weltordnung“ vorherzusagen.

Die MLPD führt gegenwärtig eine bundesweite Veranstaltungsserie durch mit dem Titel: „Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise – und die sozialistische Alternative“. Wirtschaftskrisen treten im Kapitalismus nicht als unerklärlicher „Betriebsunfall“ auf oder als Ergebnis der unersättlichen Gier einzelner Manager. Deshalb sind sie auch nicht durch einzelne Reformen oder Konjunkturpakete zu verhindern. Sie sind vielmehr eine gesetzmäßige Folge der Überakkumulation von Kapital aus der Ausbeutung der Arbeitskraft und werden erst durch ein sozialistisches Gesellschaftssystem beseitigt.

Nähere Informationen zu den Veranstaltungen gibt es bei den Verteilern oder auf der Homepage des Internet-Nachrichtendienstes www.rf-news.de

Zentralkomitee der MLPD: Schmalhorststr. 1c • 45899 Gelsenkirchen,
0209 951940 • Fax: 0209 9519460 • E-Mail: info@mlpd.de